



## Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 10.02.2022, 17:30 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Entwicklung Franck-Areal**

**Vorl.Nr. 028/22**

---

### Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Zuvor fand eine Besichtigung des Franck-Areals statt.

Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt worden und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. BMin Schwarz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet sind Stadträtin Dr. Knoß, Stadtrat Remmele und Stadtrat Rothacker. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Nachdem sie die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Bürgerbüro Bauen und ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung berichten zum Thema anhand einer Präsentation (siehe Anlage) und beantworten nachfolgende Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Stadtrat **Braumann** befürwortet die geplante Entwicklung des Franck-Areals. Der ZOB sei die wichtigste Mobilitätsdrehscheibe in Ludwigsburg. Dass Kunst und Kultur, ein Medienzentrum, dort einziehen sollen, sagt ihm zu.

Stadtrat **Juranek** meint, eine besondere Architektur erfordere besondere Lösungen. Er findet die Vorlage gut nachvollziehbar. Es soll ein bunter Mix an Nutzungen entstehen. Schwierigkeiten, die Gebäude in einen nutzbaren Standort zu bringen, sieht er vor allem beim Denkmalschutz. Er stellt eine Frage zum Verfahren. Ob der Weg richtig sei, zuerst einen Investor zu suchen, der den Wettbewerb durchführen solle oder ob es nicht andersherum sinnvoller wäre.

Stadtrat **Eisele** lobt das Projekt und regt an, etwas in Richtung „Sense the City“ auf dem Areal anzubieten. Den Zeitplan finde er gut, auch wenn es seiner Meinung nach schneller gehen könne. Doch die Zwischenmieter seien nun mal drei Jahre dort. Er möchte wissen, ob die Stadtverwaltung auch selbst einen Teil plane, oder ob der Investor alles übernehmen werde.

Aufgrund von technischen Problemen unterbricht BM **Schwarz** die Sitzung für acht Minuten.

Nachdem das Problem gelöst ist, können sich nun auch die online zugeschalteten Teilnehmer zu Wort melden.

**TOP 1**

**Entwicklung Franck-Areal**

**Vorl.Nr. 028/22**

---

Stadträtin **Dr. Knoß** weist auf die Notwendigkeit eines zweiten Fahrradparkhauses an der Westseite des Bahnhofs hin. Dies sei vor allem für die Firmen in der Weststadt wichtig, deren Mitarbeitende dort von der Bahn aufs Rad umsteigen. Ihr sei es ein Anliegen, dass die Mobilität am Bahnhof gut funktioniere.

Sie macht außerdem deutlich, dass sich der Investor an die Bedingungen und Vorgaben der Stadt halten müsse und nicht umgekehrt. Die Pop-up-Projekte, die diesen Sommer im Areal umgesetzt werden sollen, begrüßt sie.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Bürgerbüro Bauen antwortet, dass es ein zweistufiges Investorenauswahlverfahren geben werde, das mit einem Teilnahmewettbewerb starten werde. Als Beispiel für ein solches Auswahlverfahren nennt er die Bundesgartenschau in Heilbronn. Der Fachbereich mache sich Gedanken, wie das Thema „Sense the City“ umgesetzt werden könne. Es gebe Überlegungen, im Sommer ein Projekt anzubieten, bei dem den Menschen die ursprüngliche Nutzung des Gebäudes in der Rösterei mit dem Geruch von Caro-Kaffee nähergebracht werden könne.

Zwecks Fahrradparkhaus sei man bereits mit Firmen in der Weststadt in Kontakt. Auf dem Parkplatz vor dem Areal könnten schon in der Zwischennutzungsphase zusätzliche Fahrradabstellplätze geschaffen werden., die dann auch für Pendler zur Verfügung gestellt werden. Eine Radstation könne möglicherweise neu gebaut werden.

BMin **Schwarz** erklärt, warum die Stadt das Grundstück gekauft habe, das sie wieder verkaufen möchte. Es gehe darum, den Charakter des Gebäudes zu erhalten und einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Mit einigen Investoren soll das gemeinsam erreicht werden. Die Stadt sei aber nicht nur Gewerbevermieter, sondern möchte auch Teile des Gebäudes für die öffentliche Nutzung vorsehen, z.B. das Gebäude, bei dem eine zweite öffentliche Unterführung möglich wäre.

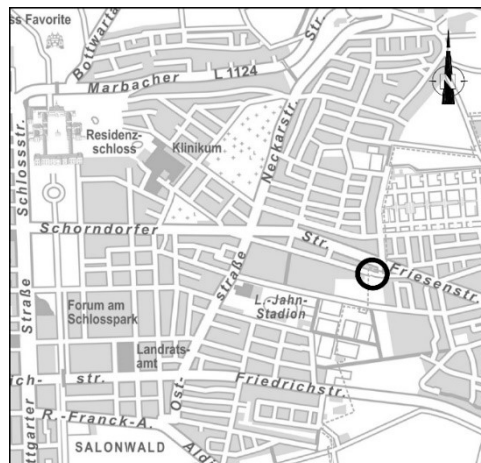
Stadtrat **Link** betont, dass die Stadtverwaltung auch die Brandschutzvorschriften und die Kosten für das Franck-Areal im Blick behalten solle.

BMin **Schwarz** erklärt, dass mit den Zwischennutzungen Einnahmen erzeugt werden sollen. Die im Haushalt eingestellten Mittel für die Instandsetzung der Gebäude zur Vermietung seien nicht gänzlich ausgeschöpft worden. Bald gebe es Pachteinahmen. Diese werde die Ausgaben, die die Stadt hatte, deutlich übersteigen werden. Selbstverständlich werden alle Brandvorschriften berücksichtigt, versichert sie.

---

**Empfehlungsbeschluss:**

- I. Die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Schorndorfer Straße 172“ Nr. 045\_04\_00 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Lageplan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 21.01.2022.
- II. Ziel der Planung ist die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum und Angeboten von Gütern des täglichen Bedarfs (z. B. Bäcker, Metzger, Apotheke, Biomarkt). Darüber hinaus sieht die Planung gastronomische Nutzungen und die Schaffung eines Quartiersplatzes vor.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, **nach Abschluss einer Rahmenvereinbarung**, eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
- IV. Für das Verfahren wird das beschleunigte Verfahren gem. § 13a BauGB angewendet. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht und einer Übersicht umweltbezogener Informationen wird abgesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt (entschuldigt)  
Befangen: Stadtrat Juranek

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** ruft TOP 2 auf.

Stadtrat **Juranek** erklärt sich für befangen, rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung stellt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Schorndorfer Straße 172“ anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor. Gemeinsam mit BMin **Schwarz** beantwortet er Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

#### **TOP 2**

#### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schorndorfer Straße 172" Nr. 045\_04 - Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 017/22**

---

Stadträtin **Dr. Knoß** befürwortet das Bauvorhaben. In die Höhe zu bauen und damit Fläche zu sparen, halte sie für sinnvoll. Kleine Läden würden dazu einladen, zu Fuß dort hinzugehen, um einzukaufen, während ein großer Supermarkt Autos anziehen würde.

Stadtrat **Braumann** schildert, dass die Bürgerschaft das Bauvorhaben teilweise sehr kritisch sehe. Seiner Meinung nach habe ein kleines Nahversorgungszentrum für Oßweil und das Schlösslesfeld einen großen Mehrwert für die Einwohnerschaft. Auch er begrüßt, dass dieses fußläufig erreichbar sein werde.

Die Einbeziehung des Gestaltungsbeirats findet er gut. Man sollte nicht von einem Hochhaus, sondern vielmehr einem Hochpunkt sprechen, appelliert er.

Auch Stadtrat **Rothacker** kennt die kritischen Stimmen aus der Bürgerschaft. Er sehe die Gebäude nicht als „Tor zu Oßweil“ an, stellt er klar und fragt nach dem zeitlichen Ablauf.

Stadträtin **Liepins** schließt sich ihrem Vorredner an. Auch sie freut sich darüber, dass das Nahversorgungszentrum zu Fuß erreichbar sein werde. Sie kritisiert die Gebäudehöhe mit sieben Geschossen. In der Schorndorfer Straße stünden hauptsächlich zweigeschossige Häuser mit Satteldächern. Sie kündigt an, sich zu enthalten.

Stadtrat **Eisele** hält das Konzept mit Gewerbe unten und Wohnungen oben grundsätzlich für gut. Die IST-Situation könne so nicht bleiben. Den Biomarkt befürwortet er, zwecks einer Apotheke äußert er Zweifel, schließlich gebe es in der Umgebung schon einige. Einen Stellplatzschlüssel über

eins würde die FDP-Fraktion begrüßen. Dass es Tiefgaragen für die Bewohner geben werde, sei gut. Auch er sei unzufrieden mit den sieben Geschossen, einer Höhe von 17 Metern. Hierüber müsse nochmals diskutiert werden. Er fragt nach einer Aufstellungsfläche für die Feuerwehr, wie die Anlieferung für den Bioladen erfolgen soll und ob die Anwohner durch den Lärm der Außengastronomie beeinträchtigt sein könnten.

Der zeitliche Ablauf stehe noch nicht fest, antwortet BMin **Schwarz**. Die Themen Außengastronomie, Anlieferung, Parken und mehr müsse in den Plänen dargestellt werden. Danach könne es den Entwurfsbeschluss geben. Wie schnell gebaut werden könne, hänge vom Antragssteller ab. Im Rahmenplan seien es noch fünf Stockwerke und das Dach gewesen, nun sehe das städtebauliche Konzept ein Stockwerk mehr vor. Darüber werde im Gestaltungsbeirat noch gesprochen werden.

Stadtrat **Link** teilt die Bedenken von Stadtrat Eisele zur Außengastronomie. Er äußert zudem Bedenken, was den Autolärm am Kreisverkehr durch Schallrückwurf angehe und macht klar, dass er wegen der Gebäudehöhe nicht zustimmen werde. Beim Fuchshof könne er die Höhen akzeptieren, hier sei dies städtebaulich nicht verträglich, so seine Auffassung.

BMin **Schwarz** erklärt, dass sie Stellungnahmen zum Thema Schall einholen werde. Nach Aussprache lässt sie über die Vorl. Nr. 017/22 Beschluss fassen.

### TOP 3

### **Sporthalle Oststadt - Parkierungsanlage, Vergabe der Planungsleistung**

**Vorl.Nr. 010/22**

---

#### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Neubau der Oststadthalle und der Parkierung eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
2. Der Vergabe der Planungsleistungen
  - für Gebäude und raumbildende Ausbauten (Leistungsphasen 1 bis 8) an BJW Architekten – Broghammer Jana Wohlleber, Zimmern ob Rottweil wird zugestimmt.
  - für die Tragwerksplanung (Leistungsphasen 1 bis 8) an Leonhardt, Andrä und Partner Beratende Ingenieure VBI AG, Stuttgart wird zugestimmt.
  - für die Technische Ausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär (Leistungsphasen 1 bis 8) an ZB Zimmermann und Becker GmbH, Heilbronn (Flein) wird zugestimmt.
  - für die Technische Ausrüstung Elektrotechnik (Leistungsphasen 1 bis 8) an Ingenieurbüro Werner Schwarz GmbH, Stuttgart wird zugestimmt.
  - für die Freianlagenplanung (Leistungsphasen 1 bis 9) an SETUP Landschaftsarchitektur PartG mbB BDLA, Leonberg wird zugestimmt.

Die Vergaben stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2022 ff.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadtrat Rothacker

### **Beratungsverlauf:**

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Gebäudewirtschaft berichtet zum Thema. Gemeinsam mit BMin **Schwarz** und einer Mitarbeiterin seines Fachbereichs beantwortet er Rückfragen der Gremiumsmitglieder hierzu.

Stadträtin **Dr. Knoß** interessiert sich für die Zufahrt zur Parkierungsanlage. Ihr sei wichtig, dass das Außenbecken vom Stadionbad durch die Parkierungsanlage nicht verschattet werde.

Stadtrat **Braumann** signalisiert Zustimmung zur Beschlussvorlage. Er bittet die Verwaltung darum, eine Darstellung der Leistungen, die Vergabekriterien und den Kostenrahmen vorzulegen.

Stadtrat **Remmele** freut sich über den Fortschritt der Planungen. Da Kostensteigerungen zu erwarten sind, sei es ihm wichtig, schnellstmöglich in die Umsetzungsphase zu gehen.

### **TOP 3**

### **Sporthalle Oststadt - Parkierungsanlage, Vergabe der Planungsleistung**

**Vorl.Nr. 010/22**

---

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass der Bau der Oststadthalle schon 2008 beschlossen wurde. Sie hoffe, dass der Bau nun schnell vorangehe. Zwei weitere Sporthallen, in Oßweil und Poppenweiler, sollen schließlich auch noch gebaut werden. Sie fragt nach, ob es möglich sei, die Sporthallen günstiger zu bauen, schließlich sollten die Standards ähnlich sein.

Die SPD-Fraktion werde dem Beschluss zustimmen. Sie fragt, wie viele Parkplätze in die Parkierungsanlage geplant seien. Ihr sei wichtig, dass die Kosten für diese Anlage separat zu den Kosten für die Sporthalle aufgezeigt werden. Es wäre wünschenswert, die Halle spätestens im Jahr 2024 in Betrieb zu nehmen.

Stadtrat **Eisele** wird ebenfalls zustimmen. Er schließt sich den Fragen von Stadträtin Liepins zur Parkierungsanlage an. Die Ausfahrt der Anlage werde den vielbefahrenen Ost-West-Radweg kreuzen, der auch Teil des Schnellradwegs werden soll, äußert er besorgt und bittet um Rückmeldung dazu.

Die Halle sei vor einem Jahr mit kleinerem Raumprogramm aufgrund der finanziellen Situation der

Stadtverwaltung so beschlossen worden, erinnert BMin **Schwarz**. Jetzt, da das Raumprogramm stehe und das Vergabeverfahren für die Planungsleistungen laufe, könne die Umsetzung zügig voranschreiten.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Liegenschaften meint, dass der Wettbewerb im Rahmen der Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) ablaufe. Erst jetzt könne der Standort für Stellplätze festgelegt werden.

Die Stellplätze werden ebenerdig (zwischen der Liegewiese des Stadionbads und der Allee) und unter der Sporthalle sein. Insgesamt seien 250 Stellplätze eingeplant, der Großteil sei dafür für die Halle selbst, der Rest sei ein Ersatz für die wegfallenden Parkplätze im Umfeld der Halle durch die Bebauung, z.B. fürs Stadionbad.

Die Zufahrt könne aufgrund der Umgebungsbebauung nur über den Berliner Platz erfolgen. Wie die Zufahrt in Einklang mit dem Radweg zu bringen sei, dazu gebe es bereits Skizzen, die mit sich in enger Abstimmung mit dem Fachbereich Stadtplanung und Vermessung befinden.

Er erläutert die Bewertungsmatrix des Vergabeverfahrens umfangreich. Es habe einen eindeutigen Erstplatzierten gegeben.

Dadurch, dass es keinen vorgeprüften Wettbewerb gegeben habe, gebe es keine detaillierten Kosten, führt er aus. Stattdessen gebe es einen Kostenrahmen, der in der Vorlage benannt sei. Die Geldern stehen im Haushalt entsprechend zur Verfügung. Der Kostenrahmen sei die Basis für die ersten Honorare gewesen, die erst nach der ersten Kostenberechnung abgerechnet werden. Der erste Bieter hätte hier das günstigste Angebot gemacht.

Stadtrat **Juranek** erkundigt sich nach dem Verfahren. Er schlussfolgert aus der Beschlussvorlage, dass eine Generalübernahme-Vergabe (GÜ) und die Vergabe an einen Generalunternehmer (GU) ausgeschlossen sei.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Liegenschaften erinnert an die Rüge der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA). Es gebe keine fachlichen Gründe für eine Generalübernahme oder Generalunternehmung, weshalb sich die Stadtverwaltung dagegen entschieden habe.

Stadtrat **Link**, kritisiert, dass bei der Vergabe kein Ludwigsburger Büro Planungsleistungen erhalten habe.

BM **Schwarz** erklärt, dass sich für die fünf Vergaben insgesamt nur ein Ludwigsburger Büro beworben hätte. Die Stadt sei an die Vergabevorschriften gebunden.

**TOP 3**

**Sporthalle Oststadt - Parkierungsanlage,  
Vergabe der Planungsleistung**

**Vorl.Nr. 010/22**

---

Sie stimmt dem Fachbereichsleiter Hochbau und Liegenschaften zu, dass die GPA eine Generalübernahme kritisiert habe.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Liegenschaften bestätigt, dass nur ein Ludwigsburger Büro in die zweite Stufe des Vergabeverfahrens kam, das sich letztendlich nicht durchgesetzt habe. Der Standort allein sei beim Vergabeverfahren kein Kriterium, weist er ausdrücklich darauf hin.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Hochbau und Liegenschaften verliest die Liste der Anzahl der Bewerber auf die einzelnen Leistungen.





Stadtrat **Bauer** äußert sich erschrocken über die Höhe der Kosten von fast 600.000 Euro. Die Fraktion werde zustimmen, denn ihnen sei klar, dass in dem von der Bürgerschaft hochfrequentierten Gebäude auf jeden Fall Barrierefreiheit hergestellt werden müsse. Er fragt nach Worst-Case-Szenarios und ob man Einsparungen erlangen könne, wenn der Aufzug nur bis ins erste Stockwerk fahren würde. Außerdem schlägt er vor, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach oder auf den Aufzug anzubringen sowie das barrierefreie WC der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat **Link** stimmt seinem Vorredner zu, was die Kosten betreffe. In den Fluren gebe es bisher mehrere Höhenunterschiede, welche durch Rampen ausgeglichen werden müssen. Er fragt nach, ob die alte Heizung bleibe. Die insgesamte Dauer bis zur Fertigstellung schätze er auf eineinhalb Jahre. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Remmele** befürwortet den Aufzug. Er fragt nach der Größe und der Personenkapazität. Sein Vorschlag sei, in diesem mehr Glas zu verarbeiten. Auch die Freien Wähler werden zustimmen.

Zustimmung gibt es ebenfalls von Seiten der SPD-Fraktion. Stadträtin **Liepins** betont, dass die obere Marktstraße energetisch in einem katastrophalen Zustand sei. Dieses Thema müsse aber separat angegangen werden. Ein barrierefreier Zugang u.a. zum Trauzimmer sei ihrer Fraktion sehr wichtig.

Stadtrat **Eisele** hält die Baumaßnahme für sinnvoll. Er weist darauf hin, dass der Weg zum Aufzug gut gestaltet werden müsse. Bisher seien dort Pflastersteine, welche für Rollstuhlfahrer, Menschen mit Rollatoren, etc. eher schwierig seien.

BMin **Schwarz** weiß um die Problematik in der oberen Marktstraße. Sie betont, dass es heute lediglich um den Beschluss zum Einbau des Aufzugs gehe. Die weitere notwendige Sanierung könne erst nach dem abgeschlossenen Bau vom Bildungszentrum West angegangen werden.

Da das Dach noch nicht gemacht werde, werde keine PV-Anlage angebracht. Ob dies überhaupt möglich sei, sei fraglich, da das Gebäude unter Denkmalschutz stehe. Eine PV-Anlage nur auf dem Aufzug sei nicht wirtschaftlich.

Wenn der Aufzug nur bis in den ersten Stock gehen würde, wäre das Gebäude noch immer nicht barrierefrei, antwortet sie auf die Fragen von Stadtrat Bauer.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft erklärt, weshalb sie in der Tabelle „Klimatische Auswirkungen“ negative Klimawirkung angekreuzt habe. Der Aufzug verbrauche Strom und habe Betriebskosten.

Zur Frage nach der Rückseite erklärt sie, dass es in der Oberen Marktstraße 1-3 zwei Gebäudeteile gebe. Es gebe dort keine Gaseinzelöfen, was man auch an der Fassade sehen könne, da keine kleinen Gitter mehr unter den Fenstern seien. Es gebe dort statische Heizflächen. Es sei wichtig, dass Heizung, Technik und Fassade gemeinsam betrachtet und saniert werden, betont sie.

Die Nutzung des barrierefreien WCs als „nette Toilette“ nehme sie gerne mit.

**TOP 4**

**Verwaltungsgebäude Obere Marktstraße 1- 3  
- Anbau Aufzug zur Barrierefreiheit und Einbau  
barrierefreies WC  
Entwurfs- und Baubeschluss (Projektbeschluss)**

**Vorl.Nr. 026/22**

---

Kleine Höhenversätze in den Fluren würden so angepasst werden, dass sie mit Rollatoren und Kinderwägen passierbar seien.

Für die Außenanlagen seien bereits Gelder eingestellt worden. Es werde einen ebenen Belag mit Markierungen geben.

Das Mindestmaß für den Aufzug seien 1,50 Meter. Er solle nur so groß werden, wie nötig. Es wird wohl Kapazität für sechs Personen geben.

Nach Aussprache lässt BMin **Schwarz** über die Vorl. Nr. 026/22 Beschluss fassen.

**TOP 5**

**Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg  
Investitions-Kapazitäts-Steuerung im  
Baubereich (INKAS), Stand 01/2022  
- Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft**

**Vorl.Nr. 011/22**

---

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Die Stadträte **Bauer, Link, Braumann** und **Eisele** äußern sich zur Vorlage und stellen Rückfragen zur Investitions-Kapazitäts-Steuerung im Baubereich (INKAS).

BMin **Schwarz** erklärt, dass das INKAS dazu dient, einen Überblick über den aktuellen Stand der Projekte zu behalten (befinden sie sich im Kostenrahmen, im Zeitrahmen, etc.). Eine Ampel zeigt in den Farben grün, gelb, rot an, wie es um das Projekt steht.

Wenn die Endabrechnung da sei, würden die Projekte aus dem INKAS rausgenommen werden.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Gebäudewirtschaft antwortet, dass die Verwaltung einen Statusbericht mache und noch gar nicht wisse, ob es zur Submission komme. Es müsse regelmäßig abgeschätzt werden, wie sich die Konjunktur entwickle. Ihm sei es wichtig, den Ausschuss rechtzeitig durch den Statusbericht über die Entwicklungen zu informieren und ggf. nachjustieren zu können.

**TOP 6**

**Statusbericht 2021/ 2022 Integriertes  
Klimaschutz- und Energiekonzept**

**Vorl.Nr. 021/22**

---

---

## Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage) zum Thema.

Stadtrat **Sorg** äußert sich ausführlich zum Thema. Er lobt, dass sich die Stadt 87 Maßnahmen im Integrierten Klimaschutz- und Energiekonzept vorgenommen habe (vgl. S.57 Statusbericht 2021/2022). Nur zwei seien zurückgestellt worden. Darunter die Konzessionsabgabe, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der Haushaltsberatungen gewollt hatten. Der Antrag war damals abgelehnt worden.

Im Mobilitätssektor müsse noch mehr für den Klimaschutz gemacht werden, um die Klimaziele zu erreichen, appelliert er.

Er bedauert, dass das Treibhausgasbilanzierungstool noch fehle. Schließlich sei es für die Stadt relevant, zu wissen, wie viel Treibhausgas durch die Maßnahmen eingespart werde.

Er kritisiert, dass das Ziel „Klimaneutralität“ im Bericht fehle.

Er freut sich, dass es mit dem Ausbau von städtischen Photovoltaikanlagen vorangehe, doch es seien lediglich drei neue Anlagen geplant. Er erhofft sich für die Zukunft mehr.

Den Klimacheck von Beschlussvorlagen begrüßt er. Dieser gebe eine gute Orientierung, finanzielle und klimatische Auswirkungen sollen damit verknüpft werden.

Zum Schluss fragt er noch, wie es mit direkten Emissionen von bspw. Methan- und Lachgasemissionen auf den Ludwigsburger Kläranlagen aussehe.

Stadtrat **Braumann** findet die Auflistung der Aufgaben im Bericht gut und lobt die hervorragende Arbeit. Es lasse sich gut erkennen, wo sich die Stadtverwaltung engagiere. Es sollte noch mehr darauf geschaut werden, welche Maßnahmen jetzt schon gemacht werden können, z.B. die Umgestaltung des Marktplatzes und wie effektiv die Maßnahmen seien. Das Fairtrade-Label sei sehr gut, dennoch gebe es auch vereinzelt Kritiker. Insgesamt sei es ein guter Ansatz, meint er. Trotzdem macht er darauf aufmerksam, dass die Zertifizierungen vor Ort regelmäßig überprüft werden sollen.

Er erläutert den Bezug von Fernwärme näher und weist darauf hin, dass gut geprüft werden solle, ob die Fernwärme wirklich nachhaltig sei. Die Fernwärme setze sich nämlich nicht selten auch aus Gas zusammen und es gebe Eisspeicher, die viel CO<sub>2</sub> verbrauchen.

Stadtrat **Remmele** bedauert, dass das von seinem Vorredner genannte Tool noch fehle. Ansonsten ermutigt er die Stadtverwaltung im Thema Klima und Energie weiter so voranzugehen, das sei der richtige Weg.

Stadtrat **Juranek** signalisiert Zustimmung der SDP-Fraktion. Das Aufgabengebiet sei in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Es sei beeindruckend was die Stadt zum Thema Klimaschutz alles unternahme und vorantreibe.

Er hofft, dass die Ziele erreicht werden und ermutigt die Verwaltung, so weiterzumachen.

Auch Stadtrat **Eisele** betont, dass der Klimaschutz wichtig sei. Die häufige Präsenz von Mitarbeitern des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales im Bauausschuss sei ein Indikator dafür, dass sich viel bewege. Der FDP-Fraktion sei es ein Anliegen, Anreize zu schaffen und der Bevölkerung aufzuzeigen, was im Bereich Klima und Energie verändert werden könne.

Zum Thema Fernwärme bittet er die Stadt um transparente Informationen.

Er appelliert, nicht nur Neugebiete, sondern auch bestehende Gebiete miteinzubeziehen. Er dankt allen Beteiligten für die tolle Arbeit.

---

BMin **Schwarz** schließt sich dem Lob für ihre Mitarbeiter an. Die Ziele im Bereich Klimaneutralität sollen im Strategieprozess festgelegt werden. Wichtig sei auch, dann zu schauen, was getan werden müsse, um diese Ziele zu erreichen.

Stadtrat **Braumann** meint, die Fernwärme müsse wieder CO<sub>2</sub>-neutral werden. Er bittet darum, zu prüfen, ob von einer Anschlusspflicht in Bebauungsplänen abgesehen werden könne. Zum Klimacheck bei der Oststadthalle sei ihm aufgefallen, dass es sich um eine Planungsleistung handle. Er regt die Verwaltung an, hier noch mehr Informationen zu den Klimaauswirkungen zu geben.

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales erklärt, dass die Stadtwerke in Bezug auf Fernwärme sehr aktiv seien. Beim Zwischenbericht zum Kommunalen Fernwärmepfad können die Stadtwerke gerne dazu eingeladen werden und einen Stand zur Fernwärmeenergie geben, entgegnet er. Hier gebe es eine Strategie.

Es sei ein immenses Investitionsvolumen, das die Stadtwerke in den nächsten Jahren leisten müssen, auch dies gelte es zu beachten.

Eine **Mitarbeiterin** aus dem Referat antwortet auf die Emissionsfrage, dass indirekte Emissionen abgebildet werden können, für direkte gebe es allerdings von der Deutschen Vereinigung für Abwasserwirtschaft noch kein Bilanzierungstool. Die Stadtentwässerung stehe mit dem Institut in Kontakt. Interesse an einem solchen Tool bestehe aber.

Es werden bereits Maßnahmen umgesetzt, um im Vorfeld die Lachgasemissionen zu minimieren.

Stadtrat **Link** könne sich dem Lob für die Mitarbeiter des Referats anschließen.

Er fragt nach, wie die Stadt Menschen dazu motivieren könne, ihr Dach zu sanieren und in diesem Zuge mit einer PV-Anlage auszustatten, auch wenn es die Bundesförderung nicht mehr gebe.

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales meint, sie hätten im Herbst einen Sachstandsbericht zu den energetischen Quartierskonzepten vorgestellt. Seine Mitarbeiter seien aktiv und beraten täglich, die Auswirkungen werden sich allerdings erst mittel- bis langfristig zeigen. Kleine Erfolge seien sichtbar.

BMin **Schwarz** gibt Stadtrat Sorg recht, drei neue PV-Anlagen im Jahr auf städtischen Dächern seien noch zu wenig. Ihr Ziel sei, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre das Potential, das die Stadtverwaltung auf ihren Dächern habe, auch genutzt werde. Natürlich gebe es Restriktionen und Dächer, auf denen es nicht machbar sei. Aber dort, wo es möglich sei, möchte sie PV-Anlagen auch zeitnah umsetzen.

Zum Thema des eingestellten Bundesförderprogramms, meint BMin Schwarz, dass dies große Auswirkungen auf die Kommunen habe und sich die Stadt bereits ausführlich per Brief beschwert habe. Sie macht weitere Ausführungen zum Thema.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt BMin **Schwarz** den Tagesordnungspunkt.

**Beschluss:**

Auf Grundlage des Antrages 359/21 wurde das Kommunale Förderprogramm Klimaschutz entwickelt. Dieses tritt ab 01. März 2022 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadtrat Rothacker

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Stadtrat **Sorg** erläutert das Thema ausführlich.

Für Stadtrat **Braumann** ist klar, die CDU-Fraktion habe bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen zugestimmt.

Nach kurzer Aussprache lässt BMin **Schwarz** über die Vorl. Nr. 023/22 Beschluss fassen.

**Empfehlungsbeschluss:**

Das für die Re-Zertifizierung mit dem European Energy Award erforderliche Energiepolitische Arbeitsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026 wird beschlossen.

Die einzelnen darin enthaltenen neuen Maßnahmen werden soweit erforderlich dem Gemeinderat jeweils zum Beschluss vorgelegt. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt.

## Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadtrat Rothacker

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**TOP 8**

**Re-Zertifizierung mit dem European Energy  
Award (eea)  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 022/22**

---

## Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage) zur Re-Zertifizierung mit dem European Energy Award (EEA). Er erklärt, dass die Stadtverwaltung nach der Re-Zertifizierung präsentieren wird, was von dem Programm tatsächlich umgesetzt worden ist. Dabei soll der Auditor mitunterstützen.

BM **Schwarz** dankt dem **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales für die Vorstellung einiger Maßnahmen des umfangreichen Energiepolitischen Arbeitsprogramms und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Sorg** signalisiert Zustimmung. Er befürwortet das Arbeitsprogramm, das zum Klimaschutz beitrage. Der EEA sei auch wichtig, um als Stadt höhere Förderquoten zu erzielen, betont er.

Stadtrat **Braumann** geht auf einzelne Punkte des Energiepolitischen Arbeitsprogramms näher ein.

- S.2, 2.2.1: Fernwärme dürfe nicht mit Gas erzeugt werden, hebt er hervor. Das werde heutzutage z.T. gemacht, sei aber schon einmal besser gewesen.
- S.4, 3.5.1: Die Reinigungsstufe halte er für sehr wichtig und dringend. Natürlich sei sie teuer, aber nötig.
- S. 4, 4.3.1: Diese Zeile sei leer. Er bittet darum, die Daten noch mitaufzunehmen. Zum Thema Fußwegenetz/Beschilderung, habe es bereits einmal einen Antrag der CDU-Fraktion gegeben.
- S. 5, 4.4.1: Die Maßnahmenmittel „Qualität des ÖPNV-Angebots“ mit den zwei geplanten Maßnahmen „Planung Stadtbahnnetz“ und „Reaktivierung Bahnstrecke Markgröningen“ müsse aktualisiert werden, da das Stadtbahnnetz neu unterteilt worden sei. Die Bahn solle jetzt von Markgröningen bis nach Pattonville fahren, sonst gebe es keinen Zuschuss vom Land.  
Die dritte Maßnahme, eine Klimaspur, d.h. eine geteilte Spur von Fahrradfahrern mit motorisiertem Verkehr einzurichten, sehe er kritisch.
- S. 5, 5.1.2.: Er bittet darum, den Klimabeirat bei Gelegenheit noch näher zu erläutern.

Stadtrat **Remmele** spricht volle Zustimmung zur Vorlage aus.

Stadträtin **Liepins** könne ebenfalls zustimmen. Sie hält es für unproblematisch der Vorlage heute zuzustimmen, damit nehme man die Streckenführung der Bahn nicht vorweg. Sie fragt nach, wie viele Städte bei EEA mitmachen und aus welchen Ländern diese kommen.

Stadtrat **Eisele** möchte wissen, welchen Vorteil der EEA der Stadt Ludwigsburg bringe., welche sich bereits sehr für Nachhaltigkeit einsetze.

BMin **Schwarz** erläutert, dass der Preis eine Leistungskontrolle sei. Sie zeige, ob die Anstrengungen, die die Stadt Ludwigsburg unternehme, ein hohes Level haben bzw. bestätigen dieses.

Der Preis werde eine Ehre für die Stadt sein, die neben Anfragen für Studien und Vorträge auch immer häufiger kontaktiert werde, wenn es um das Erstellen von Förderprogrammen für Kommunen gehe.

In Bezug auf die Stadtbahn meint sie, dass es noch keinen neuen Beschluss dazu gebe. Deshalb wurden die „alten“ Informationen in die Tabelle eingetragen. Sollte es in den nächsten vier Jahre neue Beschlüsse geben, so werde das Programm entsprechend aktualisiert. Doch den Hinweis von Stadtrat Braumann nehme die Stadtverwaltung gerne mit auf und prüfe, ob noch

**TOP 8**

**Re-Zertifizierung mit dem European Energy Award (eea)  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 022/22**

---

Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales erklärt, dass nun ein Programm für die nächsten vier Jahre aufgestellt werde, dass jährlich auditiert werde. Das Energiepolitische Programm sei die Grundlage für viele Maßnahmen. Wenn die Stadt mehr mache, werde der Auditor das auch bewerten. Das Programm sei ständig in der Weiterentwicklung.

Insgesamt nehmen mehr als 1.500 Städte europaweit teil. In Süddeutschland bzw. Baden-Württemberg machen auch einige Städte mit wie z.B. Kornwestheim und Tübingen.

Er geht darauf ein, welchen Nutzen die Teilnahme am EEA habe. Er erklärt, dass diese für manche Förderprogramme Voraussetzung sei oder dass man aufgrund dessen eine höhere Förderung bekomme. Außerdem verdeutlicht der Preis, in welchen Bereichen die Stadt sich noch verbessern müsse. Bspw. im Bereich Mobilität sowie Ver- und Entsorgung und Kommunale Wärmeplanung habe man das letzte Mal erkannt, dass hier noch mehr getan werden müsse und könne.

Nach Sachvortrag und Aussprache lässt BMin **Schwarz** über die Vorl. Nr. 022/22 Beschluss fassen.